

FORUM

für osteuropäische Ideen-
und Zeitgeschichte

21. Jahrgang 2017
Heft 2

„Gegen den Strom“ – Osteuropäische Nonkonformisten

Herausgegeben von Leonid Luks (Geschäftsführender Herausgeber),
Gunter Dehnert, Nikolaus Lobkowicz, Alexei Rybakow
und Andreas Umland

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

FORUM

für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte

21. Jahrgang, Heft 2 (2017) — Stuttgart: **ibidem-Verlag**

Erscheinungsweise: halbjährlich

ISSN 1433-4887

Redaktionsadresse

Zentralinstitut für Mittel- und Osteuropastudien (ZIMOS)

Katholische Universität Eichstätt - Ingolstadt

Marktplatz 7

85072 Eichstätt

Bezugsbedingungen: Der Abonnementpreis für die Zeitschrift **FORUM** für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte beträgt € 59,90 pro Jahr / € 45,00 für Studenten pro Jahr (zzgl. Versandkosten; € 4,00 p.a. Inland / € 7,00 p.a. Ausland). Das Abonnement ist jederzeit kündbar. Das Einzelheft ist für € 34,50 (zzgl. Versandkosten; € 2,00 je Exemplar Inland / € 3,50 je Exemplar Ausland) beziehbar.

Zurückliegende Ausgaben können über den **ibidem-Verlag** bezogen werden. Bitte richten Sie Anfragen an vertrieb@ibidem-verlag.de.

Coverabbildung: Russian samizdat and photo negatives of unofficial literature in the USSR. Moscow. © Nkrita via Wikimedia Commons. Lizenziert unter CC BY-SA 4.0 (s. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>).

∞

Gedruckt auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier

Printed on acid-free paper

© **ibidem-Verlag**

Stuttgart 2017

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

Printed in the EU

Inhaltsverzeichnis

Einführung

7

I. "Gegen den Strom" – Osteuropäische Nonkonformisten

Konstantin Kaminskij

Another Life of the Soviet Intelligentsia
and the Subconscious of Neo-Russian Liberalism 13

Dirk Mathias Dalberg

Materialismus und Machiavelismus. Der slowakische
Philosoph Miroslav Kusý über die tschechoslowakische
Normalisierungsgesellschaft (1970-1989) 41

II. Faschismuskussion

Leonid Luks

Alexander Schifrins Faschismusanalysen
aus den Jahren 1929-1933: ein (halb-)vergessener
Deuter des Nationalsozialismus 71

III. Zeitgeschichte

Ewelina Klimczak

„Die Unscheinbaren“ – Anmerkungen zur Tätigkeit
des Geheimdienstes der polnischen Widerstandsarmee
(ZWZ-AK) im Distrikt Radom während der
nationalsozialistischen Besatzung (1939-1945) 103

IV. Tribüne

Leonid Luks

Ähnelt die heutige Krise Europas

der Konstellation der Zwischenkriegszeit?

Eine Replik auf den Beitrag von Herfried Münkler

131

V. Tagungsbericht

Russia one hundred years after the revolution:

Causes and consequences (Sergey Lubimov)

141

Über die Autoren

159

Einführung

Die gewaltsame Beendigung des „Prager Frühlings“ durch die Panzer der Warschauer-Pakt-Staaten im August 1968 stellte eine tiefe Zäsur in der Geschichte des Ostblocks dar. Sie beendete eine Epoche, die der 20. Parteitag der KPdSU vom Februar 1956 eingeleitet hatte – die Epoche der revisionistischen Träume von der Errichtung eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz unter den Bedingungen einer marxistischen Gesinnungsdiktatur. Kommunistische Regime galten von nun an in den Augen vieler Regimekritiker als nicht reformierbar.

Daran sieht man, wie asynchron sich der westliche und der östliche Teil des europäischen Kontinents entwickelten. Das Jahr 1968, das sich im Westen mit einer marxistischen Renaissance verband, symbolisierte im Osten den Abschied von der marxistischen Idee. Statt an die Reformer in der Partei begannen die osteuropäischen Regimekritiker nun in einem immer stärkeren Ausmaß an die Gesellschaft und an die Weltöffentlichkeit zu appellieren – dies waren die neuen Hoffnungsträger der Nonkonformisten im sowjetischen Machtbereich. Dieses *Forum*-Heft widmet sich in seinem thematischen Schwerpunkt der Analyse dieser Tendenzwende.

Die Wegbereiter der neuen Strategie waren, zur allgemeinen Überraschung der Weltöffentlichkeit, die sowjetischen Dissidenten. Neue Impulse für die Bekämpfung des Absolutheitsanspruchs der kommunistischen Regime kamen also ausgerechnet aus einem Land, in dem die Unterdrückung jedes freien, von der Generallinie der Partei abweichenden Denkens bereits etwa dreißig Jahre länger währte als in vielen anderen kommunistischen Ländern, die erst 1945 in die Einflussphäre Moskau geraten waren. Den sowjetischen Dissidenten ist auch der erste Beitrag unserer Rubrik „Gegen den Strom – Osteuropäische Nonkonformisten“ gewidmet. Der Konstanzer Slawist Konstantin Kaminskij befasst sich hier mit einer Strömung der sowjetischen Dissidentenbewegung, die in der Litera-

tur in der Regel vernachlässigt wird, nämlich mit dem „ökonomischen Dissens“. Nicht der Kampf um Menschenrechte und Meinungsfreiheit stand für diese Regimekritiker im Vordergrund, sondern die Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen Insuffizienz des Regimes. Sie setzten sich für die Durchsetzung der marktwirtschaftlichen Mechanismen in ihrem Heimatland ein und träumten von der Verwandlung des homo sovieticus in einen homo oeconomicus. Nach der Auflösung der Sowjetunion erhielt diese Gruppierung zunächst eine Chance, Russland gemäß ihren Vorstellungen zu gestalten. Über die Stimmung, die damals im liberalen Spektrum der russischen Öffentlichkeit vorherrschte, schreibt der russisch-britische Historiker Vladislav Zubok, den Konstantin Kaminskij in seinem Aufsatz zitiert: „Many intellectuals and artists labored under the illusion that once they took Russia in that [liberal] direction, the West out of gratitude would provide a new Marshall Plan for them, and all the hardships and humiliations would be over. [...]. What was left instead was a pathetically weak state and a powerful group of criminalized nouveau riche oligarchs and bureaucrats who stole or embezzled the national wealth“. All das habe die in der Endphase der Perestrojka und zu Beginn der El'cin-Ära populären liberalen Wertvorstellungen außerordentlich diskreditiert, lautet das Fazit des Autors.

War aber das Scheitern dieses liberalen Transformationsmodells im postsowjetischen Russland unausweichlich, oder wurde es durch vermeidbare Fehler der politischen Klasse sowohl Russlands als auch des Westens mitverursacht? Über diese Frage wird bis heute kontrovers diskutiert.¹

Der zweite Beitrag der Rubrik befasst sich mit dem Dissens in der Tschechoslowakei, und zwar nach der Zerschlagung der Reformen des „Prager Frühlings“. Der in Bratislava wirkende Politologe Dirk Mathias Dalberg analysiert hier die Auseinandersetzung des slowakischen Philosophen und Regimekritikers Miroslav Kusý mit

1 Vgl. dazu u.a. *Forum novejšei vostočnoevropejskoj istorii i kul'tury* 1/2016, S. 342–350.

dem System des „real existierenden Sozialismus“ der Brežnev-Periode. In den 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre galt dieses System in der Regel als außerordentlich stabil, ja unbezwingbar. Als der sowjetische Regimekritiker Andrej Amal'rik 1969 die These aufstellte, die UdSSR werde das Jahr 1984 nicht erleben,² galt diese Prognose im Allgemeinen als unseriös. 1981 schrieb der Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung*, Reinhard Meier, Folgendes dazu: „Nach längeren Moskau-Erfahrungen halte ich die Prognose von einem baldigen Kollaps der Sowjetmacht für verfehlt“. Das Buchkapitel, in dem diese These aufgestellt wurde, trug den Titel „Die Sowjetunion wird das Jahr 2000 erleben“.³

Worauf basierte diese scheinbare Stabilität der Regime des „realen Sozialismus“? Miroslav Kusý erklärt sie durch einen ungeschriebenen „stillen Vertrag“ zwischen den Herrschern und den Beherrschten: „Die Machtlosen [die Beherrschten – L.L.] mussten sich nicht mit dem realsozialistischen System identifizieren. Sie hatten indes die Verpflichtung, so zu tun, als ob sie es täten. Mit Blick auf den angestrebten Wohlstand und den Vertrag führte diese vorgebliche Unterstützung zu einem machiavellistischen Verhalten der Bevölkerung, die, um materiellen Wohlstand zu erhalten, moralische Werte hintanstellte und nur vorgab, eine sozialistische Bevölkerung zu sein“.

Zwar riefen die osteuropäischen Dissidenten die Bevölkerung dazu auf, „nicht mit der Lüge zu leben“, dennoch waren bis zum Beginn der Gorbačevschen Perestrojka nur kleine Minderheiten bereit, auf diese Appelle zu reagieren. Abgesehen von Polen in der Zeit der Solidarność-Bewegung (1980–1981), blieb die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in den Staaten des „real existierenden Sozialismus“ konformistisch gesinnt und partizipierte an dem von Kusý beschriebenen „stillen Vertrag“.

2 Amal'rik, Andrej: Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?, in: ders.: *UdSSR – 1984 und kein Ende. Essays*. München 1981, S. 13–65.

3 Meier, Reinhard/Meier, Kathrin: *Sowjetrealität in der Ära Breschnew*. Stuttgart 1981, S. 9.

Aber nicht nur die Beherrschten, sondern auch die Herrscher täuschten damals den Glauben an die kommunistische „lichte Zukunft“ nur vor. Die kommunistischen Eiferer wurden von ihnen in der Regel als Störenfriede empfunden.

In der Erosion des kommunistischen Glaubens und der kommunistischen Ideologie, die in der Brežnev-Zeit im Ostblock zu beobachten war, sahen viele westliche Beobachter keine Gefahr für die Stabilität der kommunistischen Regime. Im Gegenteil, sie gingen sogar davon aus, dass der Kommunismus nun infolge der Sachzwänge der Moderne immer technokratischer und pragmatischer werde und damit den modernen Industriegesellschaften immer ähnlicher. So wurde die sogenannte Konvergenztheorie geboren. Ihre Verfechter ließen jedoch außer Acht, dass es sich bei den kommunistischen Regimen um Ideokratien handelte, deren Herzstück das ausgeklügelte ideologische System darstellte, das ununterbrochen an die neuen Erfordernisse der Zeit angepasst werden musste. Da aber in der Brežnev-Epoche so gut wie niemand die kommunistischen Werte ernst nahm, war die herrschende Elite immer weniger in der Lage, die Bevölkerung zu einem verstärkten Einsatz im Namen der kommunistischen Ideale zu motivieren. Nicht zuletzt daran sollten die Regime des „real existierenden Sozialismus“ letztendlich scheitern.

Was die osteuropäischen Regimekritiker anbetrifft, so blieben sie zwar in ihren jeweiligen Ländern in der Regel weitgehend isoliert (Polen bildete hier, wie bereits gesagt, eine der wenigen Ausnahmen). Dessen ungeachtet stellten sie in der politischen Landschaft ihrer jeweiligen Länder einen wichtigen Faktor dar. Der bereits erwähnte Andrej Amal'rik schrieb z.B. Folgendes über die sowjetischen Bürgerrechtler: In einem unfreien Land hätten sie sich wie freie Menschen verhalten. Sie hätten den in der Sowjetunion bis dahin anrühigen Begriff „Opposition“ enttabuisiert und eine pluralistische Komponente in die politische Kultur der UdSSR eingeführt.⁴

4 Amalrik, Andrej: *Aufzeichnungen eines Revolutionärs*. Berlin 1983, S. 44–52.

Die nächste Rubrik des *Forums* ist einem anderen osteuropäischen Nonkonformisten gewidmet, nämlich dem russischen Sozialdemokraten Alexander Schifrin (1901–1951), der zu Beginn der 1920er Jahre wegen seiner regimekritischen Haltung sein Heimatland verlassen musste und in Deutschland Zuflucht fand. Dort trat er der SPD bei und avancierte innerhalb kürzester Zeit zu einem der führenden Theoretiker der Partei. In den 1920er und 1930er Jahren setzte sich Schifrin unentwegt mit der faschistischen und nationalsozialistischen Gefahr auseinander und entwickelte dabei Erklärungsmodelle, die sich von den Interpretationen anderer marxistischer Analytiker nicht selten stark unterschieden. Dies betraf nicht zuletzt die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Faschismus und dem „Kapital“. Die Mehrheit der marxistischen Theoretiker unterschiedlichster Provenienz suchte unermüdlich nach Argumenten, um zu beweisen, dass sowohl der Faschismus als auch der Nationalsozialismus der Verteidigung des kapitalistischen Systems dienten. Es gebe im Faschismus nichts Geheimnisvolles, schrieb 1934 das ehemalige KPD-Mitglied Arthur Rosenberg. Der Faschismus sei ein alter Bekannter in neuer Maske – das „gegenrevolutionäre Kapital“.⁵ Auch für einige sozialdemokratische Theoretiker, wie z.B. Otto Bauer, war der Faschismus, trotz seiner vorübergehenden Konflikte mit den Kapitalisten, im Endeffekt doch das Werkzeug des „Großkapitals“.⁶

Zu den wenigen marxistischen Theoretikern, die die These von der Interessengleichheit des Faschismus und des Kapitalismus in Frage stellten, gehörte Alexander Schifrin. Es sei zwar richtig, dass das „Großkapital“ die Nationalsozialisten unterstütze, schrieb Schifrin im Juli 1930 im Zentralorgan der menschewistischen Partei *Socialističeskij vestnik*, jedoch dürfe man die NSDAP auf keinen Fall als Instrument des „Kapitals“ bezeichnen. Die Faschisten wollten ihre Diktatur auch über das „Großkapital“ errichten, sie seien nicht

5 Rosenberg, Arthur: Der Faschismus als Massenbewegung, in: Abendroth, Wolfgang (Hrsg.): *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*. Frankfurt am Main 1967, S. 78.

6 Bauer, Otto: Der Faschismus, in: ebenda, S. 149–167.

einmal bereit, den Freiheitsraum zuzulassen, den der Kapitalismus für sein normales Funktionieren benötige.⁷

Das Denken in ökonomischen Begriffen versperrte in der Tat vielen marxistischen Theoretikern die tiefere Einsicht in die Funktionsweise der totalitären Regime, die ihre weitgehende Unabhängigkeit von den wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten unter Beweis stellten.

In der Rubrik „Zeitgeschichte“ befasst sich die polnische Historikerin Ewelina Klimczak mit dem polnischen Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung in den Jahren 1939–1945. Der damals entstandene polnische Untergrundstaat stellte, wenn man von dem Partisanenstaat im besetzten Jugoslawien absieht, ein einmaliges Phänomen im nationalsozialistischen Machtbereich dar. Wenn man bedenkt, mit welcher Brutalität die NS-Behörden alle Anzeichen des Ungehorsams im besetzten Land zu unterdrücken suchten, stellt der ununterbrochene Widerstand der polnischen Bevölkerung gegen die Besatzer ein erstaunliches Phänomen dar. Die Autorin widmet ihre Aufmerksamkeit in erster Linie einer Komponente dieses Widerstandes: dem Geheimdienst des polnischen Untergrundstaates, der wesentlich zur Effizienz dieses Staates beitrug.

Nun noch einige Worte zu den letzten Abschnitten des Heftes.

In der Rubrik „Tribüne“ setze ich mich mit den Thesen des Berliner Politikwissenschaftlers Herfried Münkler auseinander, der große Ähnlichkeiten zwischen der heutigen Krise der europäischen Identität und der europäischen Krise der Zwischenkriegszeit sieht.

In der letzten Rubrik des Heftes veröffentlichen wir einen ausführlichen Bericht über eine Tagung, die anlässlich des 100. Jahrestages der russischen Revolution an der Moskauer Higher School of Economics stattfand. Organisiert wurde diese Tagung durch das vor kurzem an dieser Hochschule errichtete Internationale Graduiertenkolleg „International Laboratory for the Study of Russian and European Intellectual Dialogue“.

Leonid Luks

7 Schifrin, Alexander: Fašizm v Germanii, in: *Socialističeskij vestnik* 12.7.1930.